

Stellungnahme des Paritätischen Gesamtverbandes zum Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern und für Heimat für ein Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren (Stand: 11. Oktober 2022)

Der Paritätische Gesamtverband dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum vorliegenden Referentenentwurf. Im Hinblick auf die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit zur Kommentierung fokussieren wir uns im Folgenden auf einige ausgewählte Aspekte.

Der Gedanke einer weiteren Beschleunigung von Asylverfahren, wie ihn auch der Koalitionsvertrag beinhaltet, ist grundsätzlich nachvollziehbar und auch viele Asylsuchende selbst wünschen sich zügige Klarheit über den Ausgang ihres Verfahrens. Ein wesentliches Element für eine Beschleunigung von Asylverfahren ist das sog. „Frontloading“, d.h. die frühzeitige Identifizierung aller für die Entscheidung relevanter Aspekte, wie ihn z.B. auch das beschleunigte Schweizer Asylverfahren vorsieht. Wenn bereits zu Beginn des Asylverfahrens alle für die Feststellung der Schutzbedürftigkeit relevanten Aspekte ermittelt werden können, so kann dies die Qualität der Verfahren erhöhen und gleichzeitig ihre Dauer verkürzen. Unnötige Gerichtsverfahren werden reduziert, wenn die Qualität der erstinstanzlichen Entscheidung zunimmt. Die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung kann dazu ihren Teil beitragen.

Klar sein muss aber auch: nach den Strapazen einer oft jahrlangen Flucht müssen Asylsuchende die Chance haben, in Ruhe hier in Deutschland anzukommen, sich über ihre Rechte zu informieren und ihre besonderen Bedarfe zu äußern. Nur so werden sie dazu in der Lage sein, in der entscheidenden Phase des Asylverfahrens, der Anhörung, wirklich alle entscheidungsrelevanten Aspekte vorbringen zu können. Eine weitere Beschleunigung des Verfahrens vor der Anhörung lehnen wir aus diesem Grund ab.

Absolut essentiell ist, dass bei jeder Form der Beschleunigung das Kernziel von Asylverfahren nicht aus dem Blick gerät: die Identifizierung von Schutzbedürftigen, die Gewährung von Schutz und die Einhaltung des Non-Refoulement-Gebots. Je mehr das Asylverfahren beschleunigt wird, desto wichtiger sind folglich die Verfahrensrechte, die den Asylsuchenden gewährt werden.

Diese Systematik lässt der vorliegende Referentenentwurf jedoch weitgehend missen. Zwar sind die Einführung der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung wie auch die Streichung der anlasslosen Widerrufsprüfung nach 3 Jahren durchaus begrüßenswerte Neuregelungen, welche auch das BAMF entlasten werden.

Zahlreiche der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen würden Asylsuchende jedoch noch stärker als bisher in ihren Verfahrensrechten beschränken und somit die Qualität der Verfahren perspektivisch nicht verbessern, sondern im Gegenteil verschlechtern. Darüber hinaus setzt der aktuelle Referentenentwurf eine Tendenz fort, die seit 30 Jahren im Asylrecht existiert: Die Schlechterbehandlung von Asylsuchenden in ihren Verfahrens- und Prozessrechten. Insbesondere wenn man sich klar macht, welche essentielle Bedeutung das Asylverfahren hat – letztlich mitunter eine Entscheidung über Leben und Tod – ist vollkommen unverständlich, dass Verfahrensrechte hier stärker beschnitten werden als in anderen Verwaltungsverfahren. Von dem von der Regierungskoalition versprochenen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik lässt der vorliegende Referentenentwurf leider wenig erkennen.

Damit Asylverfahren tatsächlich fair, zügig und rechtssicher¹ stattfinden, müssen insbesondere die folgenden Regelungen unterbleiben:

- der Ausbau von Videotechnik im Rahmen der Anhörung (§§ 17 Abs. 3, 24 Abs. 1 AsylG-E),
- die Einschränkung der Rechte von Bevollmächtigten & Beiständen im Rahmen der Anhörung (§ 25 Abs. 8 AsylG-E),
- der Ausbau der Möglichkeit, auf die Anhörung zu verzichten (§ 24 Abs. 1 AsylG-E),
- die Ausweitung der Möglichkeiten, Asylanträge als offensichtlich unbegründet abzulehnen (§ 30 AsylG-E),
- der Verzicht auf die Prüfung von Abschiebungshindernissen, falls diese in Erstverfahren bereits geprüft wurden (§ 31 Abs. 3 AsylG-E)

Im Hinblick auf die geplanten Neuregelungen des Asylprozessrechts (§§ 74 – 80 AsylG-E) regen wir an, insgesamt Abstand von weiteren Sonderverfahren für Asylsuchende zu nehmen. Dies gilt insbesondere für folgende Regelungen:

- die Einschränkungen bei Befangenheitsanträgen (§ 74 AsylG-E),
- die Ausweitung des Verzichts auf eine mündliche Verhandlung (§ 77 AsylG-E),
- die Einführung des Revisionsverfahrens als Tatsacheninstanz (§ 78 AsylG-E)

Stattdessen sollte weitgehend zu den allgemeinen Regelungen für das Verwaltungsprozessrecht zurückgekehrt werden. Das bedeutet insbesondere zu allen Gründen der Zulassung der Berufung, wie z.B. die Einführung des Berufungsgrundes der

¹ „Mehr Fortschritt wagen“ – Koalitionsvertrag der aktuellen Regierungskoalition, S. 111.

ernstlichen Zweifel an der Richtigkeit des Urteils, wie ihn § 124 Abs. 2 VwGO vorsieht² und der Zulassung der Beschwerde im vorläufigen Rechtsschutzverfahren

Im Einzelnen:

I. § 12a AsylG-E – Asylverfahrensberatung

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die bereits im Koalitionsvertrag angekündigte behördenunabhängige Asylverfahrensberatung gesetzlich umgesetzt werden. Die in der BAGFW zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbände begrüßen dies ausdrücklich. Schon wiederholt haben sie deutlich gemacht, dass der Zugang zu unabhängiger, unentgeltlicher Asylverfahrensberatung sich positiv auf die Rechtsstaatlichkeit, Fairness, Qualität und Effizienz des Asylverfahrens auswirkt.³ Die Erfahrungen der Verbände decken sich insofern mit den Ergebnissen des im Jahr 2017 von drei Wohlfahrtsverbänden und dem BAMF durchgeführten Pilotprojekts „Asylverfahrensberatung“, welches von UNHCR und der Forschungsabteilung des BAMF evaluiert wurde.

Damit die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung auch tatsächlich diese positiven Wirkungen erzielen kann, bedarf es aber noch folgender Korrekturen des aktuellen Referentenentwurfs:

1. Streichung des Haushaltsvorbehaltes in § 12a Abs. 1 AsylG-E

Wie der Koalitionsvertrag bereits deutlich macht, soll eine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung flächendeckend angeboten werden. Der Formulierung "im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel" im aktuellen Referentenentwurf suggeriert hingegen, dass der Bund beliebig entscheiden kann, wie viele Haushaltsmittel er zur Verfügung stellt. Ein flächendeckender Ausbau der Asylverfahrensberatung kann so nicht sichergestellt werden.

Wir schlagen aus diesem Grund die folgende Formulierung vor:

(1) Der Bund fördert ~~im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel~~ eine qualifizierte, flächendeckende, behördenunabhängige, unentgeltliche, individuelle und freiwillige Asylverfahrensberatung. Er stellt hierfür ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung. Die Beratung erfolgt durch die Wohlfahrtsverbände oder andere freie, gemeinnützige Träger.

² Eine Petition der Rechtsberaterkonferenz hatte die Ergänzung der Berufungszulassungsgründe des § 78 Abs. 3 AsylG um den Zulassungsgrund der ernstlichen Zweifel an der Richtigkeit des Urteils gefordert (Pet 1- 18-06-266-015918). Der Petitionsausschuss hat hierzu bereits 2016 festgestellt, dass Handlungsbedarf besteht.

³ Zusammenfassend mit weiteren Verweisen: [BAGFW, Eckpunkte für die Einführung einer bundesfinanzierten behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung](#)

2. Inhalt und Umfang der Asylverfahrensberatung, § 12a Abs. 2 AsylG-E

Absatz 2 beschreibt Umfang und Zeitrahmen für die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung. Mit der aktuellen Formulierung kann auch eine umfassende Auskunft zum Asylverfahren bereits eine Asylverfahrensberatung darstellen. Dies greift aus Sicht der in der BAGFW zusammengeschlossenen Verbände jedoch zu kurz. Gegenstand der individuellen Beratung sind insbesondere Ziel und Zweck, Ablauf, Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten, Handlungsmöglichkeiten im Asyl- und Aufnahmeverfahren sowie Rechtsfolgen des Asylverfahrens. Es erfolgt aber auch eine Beratung zu den individuellen Erfolgsaussichten des Asylverfahrens und somit stets auch eine Rechtsberatung im Sinne des Rechtsdienstleistungsgesetzes. Eine solche ist essentieller Bestandteil der Beratung. Die in der Gesetzgebung enthaltene Öffnungsklausel ist nicht ausreichend, um deutlich zu machen, dass eine qualifizierte Asylverfahrensberatung stets auch eine rechtliche Beratung im Einzelfall umfasst. Darüber hinaus suggeriert sie, dass eine rechtliche Beratung in der Regel nur bei Schutzsuchenden mit besonderen Schutzbedarfen erfolgt. Dies ist aber nicht der Fall.

Bereits im Rahmen der Prüfung der Erfolgsaussichten eines Asylantrags erfolgt ggf. auch eine Erörterung von Alternativen zum Asylverfahren, weshalb eine Beratung so früh wie möglich und somit nicht erst vor der Anhörung, sondern bereits vor der Asylantragstellung erfolgen sollte. Nur so können unnötige Asylanträge vermieden werden, die unter Umständen negative Auswirkungen auch bei den Schutzsuchenden haben – wie z.B. die Sperrwirkungen für die Erteilung eines sonstigen Aufenthaltstitels gemäß § 10 AufenthG sowie das Erlöschen eines bestehenden Aufenthaltstitels nach § 51 AufenthG im Falle der Asylantragstellung.

Aus Sicht der Verbände sollte es nach Umsetzung eines flächendeckenden bundesweiten Angebots einen individuellen Anspruch auf Asylverfahrensberatung geben.

Wir schlagen aus diesem Grund die folgende Formulierung vor:

(2) Die Asylverfahrensberatung umfasst ~~mindestens~~ Auskünfte zum Verfahren unter Berücksichtigung der besonderen Umstände ~~des Ausländers der Schutzsuchenden~~ sowie eine Rechtsberatung. Sie soll vor der Asylantragstellung, in jedem Fall vor der Anhörung, sofern von dieser nicht abgesehen wird, ~~Anhörung~~ stattfinden und kann bis zur unanfechtbaren Entscheidung des Bundesamtes durchgeführt werden.

3. Übermittlungspflichten im Rahmen der behördenunabhängigen Beratung, § 12a Abs. 3 AsylG-E

Zunächst ist festzuhalten, dass die Identifizierung besonderer Verfahrensgarantien oder Schutzbedarfe im Sinne des EU-Rechts eine staatliche Aufgabe darstellt. Sofern im Rahmen der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung Hinweise auf besondere Verfahrensgarantien oder sonstige besondere Schutzbedarfe ermittelt werden können, sind diese höchstpersönliche Daten, deren Weitergabe an staatliche Stellen zwar in aller Regel zum Vorteil der Schutzsuchenden sein dürfte.

Ob eine solche Weitergabe höchstpersönlicher Daten jedoch gewünscht wird, ist stets die Entscheidung der Schutzsuchenden selbst. Ohne die ausdrückliche Zustimmung ist eine Weitergabe dieser Daten folglich nicht zulässig und widerspricht dem Selbstverständnis einer freiwilligen Beratung, die die Schutzsuchenden bei der besseren Durchsetzung ihrer Rechte unterstützt.

Eine unverzügliche Löschung der entsprechenden Daten nach der Datenübermittlung dürfte wiederum in der Regel nicht dem Interesse der Schutzsuchenden entsprechen, da auch im späteren Verlauf des Verwaltungs- wie auch Rechtsmittel-Verfahrens immer wieder Situationen eintreten können, in denen die Kenntnis besonderer Bedarfe verfahrensrelevant sein können. Es ist insbesondere vulnerablen Personen - wie z.B. Opfer von Folter oder sonstiger Gewalt - nicht zumutbar, stets von neuem auf ihre besonderen Bedarfe und die hierfür relevanten Gründe hinzuweisen, wenn sie dies bereits im Rahmen der Asylverfahrensberatung getan haben. Etwas anderes muss natürlich gelten, wenn der*die Schutzsuchende selbst die Löschung der entsprechenden Daten verlangt.

Wir schlagen aus diesem Grund die folgende Formulierung vor:

(3) ~~Soweit den Die~~ Trägern der Asylverfahrensberatung personenbezogene Daten übermitteln vorliegen, die darauf hinweisen, dass der Schutzsuchende besondere Verfahrensgarantien benötigt oder besondere Bedürfnisse bei der Aufnahme hat, werden diese dem Bundesamt und der obersten Landesbehörde oder der von der obersten Landesbehörde bestimmten Stelle übermittelt. Die Übermittlung der Daten darf nur mit Zustimmung des Schutzsuchenden erfolgen. ~~Die Daten dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden und sind danach unverzüglich zu löschen.~~

4. Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung – Konkretisierung der Gesetzesbegründung

Der Erfolg einer bundesgeförderten, flächendeckenden und behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung hängt maßgeblich von der bedarfsgerechten Zurverfügungstellung der erforderlichen Haushaltsmittel ab.

Damit diese auch tatsächlich entsprechend der bundesweiten Bedarfe in die Planungen des Bundeshaushalts aufgenommen werden, schlagen wir die folgende Konkretisierung der Gesetzesbegründung vor:

Zu Nummer 6 (§ 12a)

Die Neufassung des § 12a AsylG dient der Einführung der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung.

In Absatz 1 wird die Förderung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung durch den Bund geregelt. *Die Umsetzung des Bundesprogrammes wird den Wohlfahrtsverbänden und ggf. anderen freien gemeinnützigen Trägern übertragen. Diese erhalten Zugang zu den Erstaufnahmeeinrichtungen und Beratungsräume. Es wird ein Beratungsschlüssel von maximal 1:150 (Verhältnis Vollzeitstelle Beratungsfachkraft zu Anzahl von Schutzsuchenden pro Jahr) zugrunde gelegt. Entsprechend der Wirtschaftlichkeitsberechnung des Bundesministeriums der Finanzen werden Personal-, Personalneben-, Personalgemein- und Sachkosten anerkannt. Diese werden als Festbetragsfinanzierung gewährt. Zusätzlich sind programmspezifische Kosten wie Dolmetscherkosten, Kosten der juristischen Anleitung nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz, Kosten des Zentralstellenverfahrens und der Fachbegleitung sowie Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche förderfähig. Zum Zweck einer flächendeckenden Asylverfahrensberatung wird kein Eigenanteil der Träger festgelegt. Damit wird der unterschiedlichen finanziellen Leistungsfähigkeit der Träger Rechnung getragen. Für eine sachgerechte Finanzierung werden entsprechende finanzielle Mittel im Bundeshaushalt eingestellt. Durch Verpflichtungsermächtigungen sollen mindestens dreijährige Förderzeiträume ermöglicht werden. ~~Die Höhe der Förderung ist auf die vom Gesetzgeber bewilligten Haushaltsmittel beschränkt.~~*

Für die Ausländer ist die Teilnahme unentgeltlich und freiwillig. Die Beratung erfolgt individuell. Sie ist unabhängig von dem behördlichen Asylverfahren; ~~Verfügbarkeit~~ *und* eine mögliche Teilnahme ~~haben hat~~ keine Auswirkungen auf den Ablauf und das Ergebnis des Asylverfahrens. *Im Asylverfahren soll ein ausreichendes Zeitfenster vorgesehen werden, um die Asylverfahrensberatung zu ermöglichen.*

Absatz 2 regelt die Anforderungen zu Inhalt und Umfang der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung. *Um den Ausländer zu den Erfolgsaussichten eines Asylantrages zu beraten, soll die Möglichkeit bestehen, Asylverfahrensberatung vor der formellen Antragstellung in Anspruch zu nehmen. Um Schutzsuchende bestmöglich auf die Anhörung vorzubereiten, soll die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung, ~~wenn möglich bereits spätestens~~ vor der Anhörung ansetzen. Dazu wird die Beratung zeitlich in den Ablauf des Asylverfahrens eingebunden. Sie kann bis zur unanfechtbaren Entscheidung des Bundesamtes durchgeführt werden und ~~muss mindestens~~ umfasst Auskünfte zum Verfahren und Rechtsberatung ~~enthalten sowie die unter Berücksichtigung~~ der besonderen Umstände des Asylsuchenden ~~einbeziehen. Sie kann auch rechtsberatende Elemente enthalten, wenn zu Punkten beraten wird, die über eine reine Verfahrenserläuterung hinausgehen.~~ Die Beratung kann dabei von einer*

Person mit Befähigung zum Richteramt oder unter Anleitung einer solchen Person erfolgen (vgl. § 6 Absatz 2 des Gesetzes über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen). Eine solche Rechtsberatung richtet sich insbesondere auch an Ausländer, die besondere Verfahrensgarantien nach der Richtlinie 2013/32/EU benötigen.

*Absatz 3 regelt die aufgrund der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung erforderlich werdenden Datenübermittlungspflichten und -befugnisse. Daten zu vorliegenden Vulnerabilitäten, die im Rahmen der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung erhoben werden, sollen **auf Wunsch der Schutzsuchenden** an das Bundesamt und die für die Aufnahme zuständigen Länder übermittelt werden. Dadurch kann das Bundesamt Erkenntnisse über besondere Verfahrensgarantien nach der Richtlinie 2013/32/EU im Asylverfahren frühzeitig besser berücksichtigen. Außerdem sollen Daten, die für eine Berücksichtigung von besonderen Bedürfnissen bei der Aufnahme nach der Richtlinie 2013/33/EU (Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, ABl. L 180 vom 29.06.2013, S. 96) relevant sind, an die für die Unterbringung zuständigen Stellen der Länder übermittelt werden, damit diese dafür Sorge tragen können, Ausländern mit besonderen Bedürfnissen bei der Aufnahme die erforderliche Unterstützung zu gewähren.*

II. § 17 Abs. 3 AsylG-E – Sprachmittlung per Video-Übertragung

Mit der Neuregelung soll die Hinzuziehung eines Sprachmittlers im Rahmen der Anhörung grundsätzlich auch per Bild- und Tonübertragung (Video) möglich sein. In der Gesetzesbegründung wird ausgeführt, dass dies grundsätzlich bei allen Verfahrensschritten möglich sein soll und u.a. der besseren Steuerung der BAMF- sowie Dolmetscherkapazitäten und der Kostenersparnis dienen soll. Ausnahmen sind lediglich in der Gesetzesbegründung beispielhaft für bestimmte vulnerable Personen vorgesehen.

Der Paritätische Gesamtverband lehnt die vorgeschlagene Gesetzesänderung – zumindest in dieser generellen Form – ab. Uns ist durchaus bekannt, dass es in manchen ländlichen Gegenden sehr schwierig sein kann, für alle Sprachen und Dialekte die passenden Dolmetscher*innen zu finden. Darüber hinaus war es zu Zeiten der Pandemie mitunter besser, eine Sprachmittlung per Videodolmetschen hinzuzuziehen, als die Anhörung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. In Ausnahmefällen kann es möglicherweise also gute Gründe für eine Zulassung der Sprachmittlung per Video geben.

Dies darf aber nur der absolute Ausnahmefall sein und nur mit Einverständnis der Asylsuchenden erfolgen. Die Anhörung ist das Kernstück des Asylverfahrens und auch die Sprachmittlung sowie das Vertrauen in die Sprachmittelnden von essentieller Bedeutung für den Ausgang des Asylverfahrens. Nur wenn dieses gewährleistet ist, können alle für den Ausgang des Verfahrens relevanten Tatsachen vorgebracht

werden. Erfahrungsgemäß gehen aber bei der Videozuschaltung oft entscheidende Nuancen der Kommunikation verloren oder es kommt zu technischen Problemen, die die ohnehin häufig schon nervösen Asylsuchenden noch zusätzlich verunsichern. Ein Verzicht auf die persönliche Anwesenheit der Sprachmittelnden darf aus diesem Grund nicht allein aus Gründen der Veraltungsvereinfachung oder Kostenersparnis erfolgen.

Wir schlagen aus diesem Grund folgende Formulierung vor:

*(3) Die Hinzuziehung des Sprachmittlers kann **ausnahmsweise** im Wege der Bild- und Tonübertragung erfolgen, **sofern eine Vor-Ort-Sprachmittlung nachweislich nicht möglich ist und der Asylsuchende dem vorab schriftlich zugestimmt hat. Diese darf nur in geeigneten Fällen erfolgen. Ungeeignet ist die Sprachmittlung im Wege der Bild- und Tonübertragung insbesondere bei der Anhörung besonders schutzbedürftiger Personen, wie z.B. unbegleitete Minderjährige oder Personen, die vortragen, Opfer von Menschenhandel oder von geschlechtsspezifischer Verfolgung zu sein.***

Folgende Passage in der Gesetzesbegründung muss gestrichen werden:

~~*Die Nutzungsmöglichkeit dient der besseren Steuerung der Kapazitäten des Bundesamtes, der flexibleren Nutzung von Dolmetscher-Kapazitäten sowie dem Grundsatz der Kostensparsamkeit. Ein Dolmetschereinsatz per Video-Konferenztechnik ist insbesondere auch dann sinnvoll, wenn es gilt, kurzfristige lokale Dolmetscherengpässe auszugleichen oder Sprachen, für die dem Bundesamt nur wenige Dolmetscher zur Verfügung stehen, bundesweit effizient einzusetzen. Video-Dolmetschen kann daher nicht nur bei Anhörungen, sondern grundsätzlich auch bei Antragstellung, Aktenanlage oder anderen Verfahrensschritten zum Einsatz kommen.*~~

III. § 24 AsylG-E – Pflichten des Bundesamtes

1. § 24 Abs. 1 Satz 2 – Informationspflichten des Bundesamtes

Grundsätzlich ist die **frühzeitige Information** der Asylsuchenden durch das BAMF durchaus begrüßenswert. Damit die in der Gesetzesbegründung erläuterte Vorziehung des Zeitpunktes vor die formelle Asylantragstellung auch wirklich erfolgt, sollte der unbestimmte Rechtsbegriff „frühzeitig“ im Gesetzeswortlaut durch eine klare Definition ersetzt werden.

Informationen zu den Möglichkeiten einer Rückkehr im Falle eines erfolglosen Asylverfahrens können – wenn sie zum richtigen Zeitpunkt erfolgen – durchaus sinnvoll sein. Aus der jahrelangen Erfahrung im Bereich der Beratung von Asylsuchenden wissen wir aber, dass eine Rückkehrinformation, die bereits vor der individuellen Beratung über die Erfolgsaussichten des Asylverfahrens erfolgt, die Schutzsuchenden

massiv verunsichern kann. Sie gehen dann fast zwangsläufig davon aus, dass ihr individuelles Schutzbegehren keine Aussicht auf Erfolg hat. Aus diesem Grund sollte diese Information erst nach einer ablehnenden Entscheidung im Asylverfahren, frühestens aber nach der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung im Einzelfall erfolgen. Die Asylverfahrensberatungsstellen verweisen in den Fällen, in denen ein Rückkehrwunsch geäußert oder eine Rückkehr aufgrund eines absehbar erfolglosen Asylantrags ohnehin an Rückkehrberatungsstellen.

Wir schlagen aus diesem Grund folgende Formulierung vor:

(1) S. 2: Das Bundesamt unterrichtet den Ausländer ~~frühzeitig vor der Asylantragstellung, spätestens jedoch vor der Anhörung~~, in einer Sprache, deren Kenntnis vernünftigerweise vorausgesetzt werden kann, über den Ablauf des Verfahrens, über seine Rechte und Pflichten im Verfahren, insbesondere über Fristen und die Folgen einer Fristversäumung, ~~sowie über Rückkehrmöglichkeiten~~.

2. § 24 Abs. 1 Satz 4 – Anhörung per Video-Übertragung

Zukünftig soll die Anhörung auch vollständig im Wege der Video-Übertragung durchgeführt werden können. Wie bei der Sprachmittlung per Videoübertragung macht lediglich die Gesetzesbegründung deutlich, dass dies nur die Ausnahme sein soll und nennt Beispiele, in denen eine Videoanhörung ungeeignet ist. Erneut wird zur Begründung auf eine bessere Steuerung der Kapazitäten des Bundesamtes verwiesen. Es gelten hier erstrecht die oben zur Sprachmittlung gemachten Ausführungen: Die Anhörung als Kernstück des Asylverfahrens, in deren Rahmen alle verfolgungsrelevanten Gründe vorgetragen werden müssen, muss in aller Regel persönlich stattfinden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der*die Entscheider*in sich auch ein Bild von der Glaubwürdigkeit der Person bzw. des Vortrags machen können. Es gibt bereits bei der Anhörung unter Anwesenden etliche Faktoren, die die Kommunikation beeinträchtigen und damit verhindern können, dass alle asylrelevanten Informationen zutage treten und Eingang in das Protokoll finden. So können beispielsweise die Sprachmittlung, die unterschiedliche kulturelle Prägung der Beteiligten und fehlendes Vertrauen zu staatlichen Behörden auf Seiten der Asylbewerber*innen zu erheblichen Kommunikationsproblemen führen. Eine Kommunikation über Videokonferenz erschwert diese nicht einfache Situation noch einmal zusätzlich.⁴ Bereits im Jahr 2012 haben sich die in der BAGFW zusammengeschlossenen Verbände ausdrücklich gegen eine Anhörung per Video-Übertragung ausgesprochen und deutlich gemacht, dass das völker- und verfassungsrechtlich verankerte Recht auf internationalen Schutz keinesfalls aufgrund von ökonomischen und administrativen Erwägungen derart massiv eingeschränkt werden darf.⁵

⁴ So zutreffend [Stamm, Videokonferenztechnik im Asylverfahren – warum sie unzulässig ist, Asylmagazin 3/2012, 69, 73.](#)

⁵ [Schreiben der BAGFW an den damaligen Bundesinnenminister, Dr. Hans-Peter Friedrich](#)

Eine Ausnahme vom Grundsatz der persönlichen Anhörung darf aus diesem Grund höchstens zulässig sein, wenn zwingende Gründe wie etwa eine Pandemie die persönliche Anhörung unmöglich machen.

Wir schlagen aus diesem Grund folgende Formulierung vor:

(1) S. 4: Die Anhörung kann *bei Vorliegen zwingender Gründe sowie bei schriftlichem Einverständnis des Antragstellers* im Wege der Bild- und Tonübertragung erfolgen.

3. § 24 Abs. 1 Satz 6 – Absehen von der Anhörung

Mit dieser Regelung soll zukünftig auf eine Anhörung ganz verzichtet werden können, wenn das BAMF der Auffassung ist, dass die Betroffenen aufgrund dauerhafter Umstände, die sich ihrem Einfluss entziehen, nicht zu einer Anhörung in der Lage sind. Laut Gesetzesbegründung hat das Bundesamt lediglich „im Zweifelsfall“ medizinisches Fachpersonal zu beteiligen, um festzustellen, ob es sich bei dem Umstand, der dazu führt, dass der*die Ausländer*in nicht zu einer Anhörung in der Lage ist, um einen vorübergehenden oder dauerhaften Zustand handelt.

Zur hohen Relevanz der persönlichen Anhörung verweisen wir auf unsere obigen Ausführungen. Ein völliger Verzicht auf die Anhörung als dem Herzstück des Asylverfahrens darf aus diesem Grund nur in absoluten Ausnahmefällen erfolgen und wenn zweifellos nachgewiesen wurde, dass die Durchführung der Anhörung tatsächlich unmöglich ist. Um dies beurteilen zu können, bedarf es aber grundsätzlich – und nicht nur im Zweifelsfall – medizinischen Fachpersonals. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Betroffenen bzw. ihre rechtlichen Vertreter*innen dem Verfahren zustimmen und die Möglichkeit erhalten, anderweitig Informationen zu unterbreiten.

Wir schlagen aus diesem Grund folgende Formulierung vor:

(1) S. 6: Von einer Anhörung kann *bei Einverständnis des Antragstellers bzw. dessen gesetzlicher Vertretung* auch abgesehen werden, wenn ~~das Bundesamt der Auffassung ist, dass der Ausländer Antragsteller~~ aufgrund dauerhafter Umstände, die sich seinem Einfluss entziehen, nicht zu einer Anhörung in der Lage ist, und *das Bundesamt angemessene Bemühungen unternommen hat, damit der Ausländer Antragsteller weitere Informationen unterbreiten kann.* Die Entscheidung ergeht nach Aktenlage, wobei die Tatsache, dass keine Anhörung stattgefunden hat, die Entscheidung nicht negativ beeinflussen darf.

4. § 24 Abs. 4 – 6 – Verlängerung der Entscheidungsfristen des BAMF

Mit der geplanten Regelung sollen die in der EU-Asylverfahrens-Richtlinie vorgesehenen Entscheidungsfristen des Art. 31 Abs. 3 bis 5 der Richtlinie 2013/32/EU in nationales Recht umgesetzt werden. Auch wenn es für die Rechtsklarheit und -sicherheit sinnvoll ist, die bisher lediglich in internen Verwaltungsvorschriften des BAMF geregelten Fristen auf nationaler Ebene gesetzlich zu regeln, lehnen wir die vorgeschlagene Gesetzesänderung ab.

Die abgestuften Fristen schöpfen den maximalen Rahmen der Vorgaben der Asylverfahrensrichtlinie aus. Die dort festgehaltenen Fristen sind jedoch Mindeststandards, die den Mitgliedstaat nicht daran hindern, das Verfahren in kürzerer Zeit abzuschließen. So regelt Art. 31 Abs. 3 der Richtlinie, dass die Mitgliedstaaten sicherzustellen haben, dass das Prüfungsverfahren innerhalb von 6 Monaten abgeschlossen sein muss. Weitere Verlängerungen der Entscheidungsfristen „können“ die Mitgliedstaaten zwar ermöglichen, müssen dies aber nicht.

Da das erklärte Ziel der Bundesregierung ist, Asylverfahren zu beschleunigen, ist eine explizite Verlängerung von Entscheidungsfristen kontraproduktiv. Es empfiehlt sich stattdessen vielmehr, die grundsätzliche Entscheidungsfrist mit derjenigen in § 75 VwGO zu harmonisieren und auf in der Regel 3 Monate festzulegen (Wartefrist für die Untätigkeitsklage). Sollte eine Entscheidung innerhalb dieser Frist ausnahmsweise nicht möglich sein, so reicht eine Fristverlängerung auf 6 Monate aus.

So ist insbesondere ein Zuwarten auf eine Entscheidung für bis zu 21 Monate wegen einer „ungewissen Lage“ im Herkunftsstaat für die Betroffenen nicht zumutbar. In der Praxis sind zwar Situationen vorgekommen, in denen z. B. nach einem gewaltsamen Machtwechsel Anlass bestand, die politische Lage in einem Herkunftsland zunächst zu beobachten. In der Regel ließ sich aber deutlich früher eine Einschätzung treffen, wie zuletzt das Beispiel Afghanistan deutlich gemacht hat. Diese Frist sollte daher auf maximal sechs Monate verkürzt werden.

IV. § 25 Abs. 8 AsylG-E – Begleitung im Rahmen der Anhörung

Satz 1 der Norm stellt zunächst klar, dass sich Asylsuchende bei der Anhörung von Bevollmächtigten oder Beiständen im Sinne des § 14 VwVfG begleitet lassen können. Satz 2 schränkt die Rechte der Asylsuchenden aber sofort dahingehend ein, dass „der Begleiter erst am Schluss der Anhörung eingreifen darf“. Satz 3 lässt schließlich zu, dass die Anhörung auch dann erfolgen darf, wenn der*die Begleiter*in trotz Ladung mit angemessener Frist nicht daran teilnimmt.

Der Paritätische Gesamtverband lehnt die Einschränkungen in § 25 Abs. 8 Satz 2 und 3 AsylG-E ab und ist erstaunt, dass hier erneut ein Sonderrecht für Asylsuchende eingeführt werden soll, welches sich in anderen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren nicht wiederfindet. Mit dem im Koalitionsvertrag versprochenen „Paradigmenwechsel im Migrationsrecht“ ist dies nicht vereinbar.

Darüber hinaus verkennt der Gesetzgeber hier, dass in aller Regel alle Beteiligten von einer Begleitung bei der Anhörung profitieren – nicht nur Asylsuchende, sondern

auch Anhörer*innen. Auch ohne eine entsprechende Regelung wird die Begleitperson bzw. der*die Bevollmächtigte nur in Ausnahmefällen in die Anhörung eingreifen, etwa um Missverständnisse auszuräumen oder durch gezielte Nachfragen die Anhörung möglichst effektiv und vollständig zu gestalten. Ein Verweis auf das Ende einer möglicherweise mehrstündigen Anhörung führt nicht zu der beabsichtigten Beschleunigung der Verfahren, sondern vielmehr zu einer unnötigen Verlängerung. Darüber hinaus greift es auf vollkommen unverhältnismäßige Weise in die Verfahrensrechte der Betroffenen ein und verkennt die Bedeutung von Beiständen und Bevollmächtigten bei der Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren.

Gerade durch eine Begleitung zur Anhörung kann häufig sichergestellt werden, dass vollumfänglich bereits zu Beginn des Asylverfahrens alle Gründe, die entscheidungsrelevant sind, vorgebracht werden. Hiermit wird also sowohl das Ziel des Koalitionsvertrages, „Asylverfahren fair, zügig und rechtssicher“ auszugestalten, umgesetzt, als auch ein Beitrag zur Entlastung der Verwaltungsgerichte geleistet.

Wir schlagen aus diesem Grund folgende Formulierung vor:

(8) Der Ausländer kann sich bei der Anhörung von einem Rechtsanwalt oder sonstigen Person im Sinne von § 14 des Verwaltungsverfahrensgesetzes begleiten lassen. ~~Der Begleiter darf erst am Schluss der Anhörung eingreifen. Das Bundesamt führt die Anhörung auch dann durch, wenn der Begleiter trotz Ladung mit einer angemessenen Frist nicht daran teilnimmt.~~

V. § 30 AsylG-E – Offensichtlich unbegründete Asylanträge

Mit der geplanten Neufassung des § 30 AsylG werden die rechtsstaatlich problematischen Folgen eines als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnten Antrags noch um eine Vielzahl von Konstellationen erweitert. Es gilt dann in noch mehr Fällen als bisher eine einwöchige Ausreisefrist (§ 36 Abs. 1 AsylG), die fehlende aufschiebende Wirkung der Klage, eine einwöchige Frist für Eilanträge nach § 80 Abs. 5 VwGO (§ 36 Abs. 3 S. 1 AsylG), eine faktische sofortige Begründungsfrist dieser Eilanträge, da das Gericht innerhalb einer Woche entscheiden soll (§ 36 Abs. 3 S. 5 AsylG), eine einwöchige Klagefrist (§ 74 Abs. 1 AsylG iVm § 36 Abs. 3 S. 1 AsylG) und das Verbot der Erteilung eines Aufenthaltstitels mit wenigen Ausnahmen (§ 10 Abs. 3 S. 2, 3 AufenthG). Im Falle der Ablehnung eines Antrags als offensichtlich unbegründet wird der Rechtsschutz also in massiver Weise verkürzt und die Möglichkeiten, nach einer solchen Ablehnung einen Aufenthaltstitel aus anderen Gründen erhalten zu können, sind deutlich eingeschränkt.

Auch wenn die meisten dieser Konstellationen von Art. 31 Abs. 8 der Richtlinie 2013/32/EU (Asylverfahrensrichtlinie) gedeckt sind, welcher hier fast im Wortlaut ins

das Gesetz übernommen wird, so sind sie keinesfalls zwingend notwendig. Einige sind darüber hinaus sogar eindeutig europarechtswidrig, so fehlt z.B. in § 30 Abs. 1 Nr. 3 AsylG-E der in der Richtlinie enthaltene Zusatz „wenn diese sich negativ auf die Entscheidung hätten auswirken können“ und § 30 Abs. 1 Nr. 8 AsylG-E ermöglicht die Ablehnung als offensichtlich unbegründet in Fällen, in denen ein Folge- oder Zweit Antrag gestellt und infolgedessen ein weiteres Asylverfahren durchgeführt worden ist. Davon abgesehen, dass weder in der einen noch in der anderen Konstellation ein sachlicher Grund für eine Ablehnung des Antrags als offensichtlich unbegründet existiert, lässt die Asylverfahrensrichtlinie in Art. 31 Abs. 8 f eine solche Regelung nur für Folgeverfahren, nicht aber für Zweitverfahren zu.

Die Neuregelung des § 30 AsylG wird nicht zur Beschleunigung eines fairen und rechtstaatlichen Asylverfahrens führen, sondern dazu, dass in einer Vielzahl von Fällen die Schutzgründe nicht sorgfältig ermittelt werden und es insofern – wo es den Betroffenen möglich ist – zu einer Verlagerung von Entscheidungen auf die Verwaltungsgerichte kommt. In einer noch größeren Anzahl von Fällen wird es jedoch aufgrund der eingeschränkten Rechtsmittelmöglichkeiten dazu kommen, dass Schutzbedarfe nicht erkannt und Schutzsuchende trotz eigentlichen Schutzanspruchs abgeschoben werden.

Wir lehnen aus diesem Grund die Gesetzesänderung zu § 30 AsylG vollständig ab.

VI. § 31 AsylG-E – Ausschluss der Prüfung von Abschiebungshindernissen in Zweit- und Folgeverfahren

Die Gesetzesänderung in § 31 Abs.1 AsylG-E zur Bescheidzustellung ist begrüßenswert, da diese Regelung in der Vergangenheit immer wieder zu Unklarheiten in der Rechtsanwendung geführt haben.

Mit der geplanten Änderung des § 31 Abs. 3 S.2 AsylG soll die Prüfung von menschenrechtlich begründeten Abschiebungsverboten (§ 60 Abs. 5, Abs. 7 AufenthG) ausgeschlossen werden, wenn eine solche Entscheidung bereits Gegenstand des Erstverfahrens war. Das ist nicht sachgerecht, da sich die tatsächlichen Voraussetzungen häufig zwischen dem Erst- und Folgeverfahren ändern.

In der Folge der geplanten Änderung drohen Personen selbst dann abgeschoben zu werden, wenn im Zielstaat eine Verletzung von Art. 3 EMRK droht. Dies wäre europarechtswidrig und würde nicht nur eine Verletzung des Art. 3 EMRK, sondern auch des Art. 4 der Grundrechte-Charta mit sich ziehen.

Die geplante Änderung des § 31 Abs. 3 ist zu streichen.

VII. §§ 73 ff AsylG-E – Widerrufs- und Rücknahmegründe

Der Paritätische Gesamtverband begrüßt die Streichung der anlasslosen Regelüberprüfung eines Widerrufs nach 3 Jahren, mit der die entsprechende Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt wird sowie die Neuordnung der Regelungen zum Erlöschen sowie des Widerrufs und der Rücknahme von einmal gewährtem asylrechtlichem Schutz. Allerdings sollte die Gelegenheit des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens genutzt werden, um auch die weiteren 2018 eingeführten Mitwirkungspflichten und entsprechenden Sanktionen bei Missachtung zu streichen.

VIII. Neu aufzunehmen: Pflichtbeordnung von Anwälten in Verfahren der Abschiebungshaft

Immer wieder landen in Deutschland Menschen in Abschiebehaft und werden somit ihrer Freiheit beraubt, ohne dass sie sich dagegen wehren können. Häufig kommt es zu schwerwiegenden Verfahrensfehlern, die meist erst durch anwaltliche Unterstützung korrigiert werden können. Mehr als fünfzig Organisationen aus dem gesamten Bundesgebiet kritisieren diese Praxis in einem Positionspapier scharf und fordern, analog zur Pflichtverteidigung im Strafprozess auch eine Pflichtbeordnung von Anwält*innen in Verfahren zur Anordnung von Abschiebungshaft gesetzlich einzuführen.⁶

Eine entsprechende Regelung sollte im Rahmen des vorliegenden Gesetzgebungsverfahrens mit eingeführt werden.

Berlin, 24. Oktober 2022

Kerstin Becker

Migration und Internationale Kooperationen

Kontakt:

asyl@paritaet.org

⁶ [Positionspapier Pflichtbeordnung von Anwält:innen in der Abschiebungshaft](#)